

S1 Zukunftsfähigkeit klimaneutral und sozial gerecht sichern

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 16.02.2024
Tagesordnungspunkt: 4.2. Anträge

Antragstext

- 1 Zukunftsfähigkeit klimaneutral und sozial gerecht sichern
2 für nachhaltige Staatsfinanzen Steuern, Subventionen und Schuldenbremse
3 reformieren!
- 4 Wir Bremer Grüne haben in Regierungsverantwortung in den vergangenen 17 Jahren
5 das Finanzressort im Land Bremen erfolgreich geführt, selbst für die
6 Schuldenbremse gekämpft und Unterstützung vom Bund eingeworben, um das Land auf
7 Konsolidierungskurs zu bringen. Mit Erfolg: 2020 musste Bremen keine neuen
8 Kredite aufnehmen.
- 9 Dennoch hat Bremen weiterhin die höchste Pro-Kopf Verschuldung unter den Ländern
10 und gibt trotz sehr niedrigem Zinsniveau fast 10 Prozent seiner Haushaltsmittel
11 für Zinsausgaben aus, ohne eine einzige Investition getätigt zu haben.
- 12 Aktuell müssen wir feststellen, dass sich die gesamtgesellschaftlichen
13 Rahmenbedingungen und Herausforderungen in Deutschland stark verändert haben.
- 14 Die im Jahr 2009 von Bundestag und Bundesrat beschlossene Schuldenbremse war
15 eine Reaktion auf die strukturellen Herausforderungen der Zeit, allen voran die
16 Auswirkungen der damaligen Finanzkrise und die Destabilisierung der Eurozone.
- 17 Insbesondere durch die multiplen Krisen der vergangenen Jahre, wie der Corona
18 Pandemie, dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, der
19 Investitions herausforderung Klimakrise mit ihren Konsequenzen und durch
20 vernachlässigte, notwendige Investitionen der unionsgeführten Bundesregierungen
21 bis 2021, sehen wir uns einer Situation gegenüber, die ohne eine Anpassung der
22 Regeln zur Steigerung der Einnahmen, den Abbau klimaschädlicher Subventionen auf
23 der Ausgabenseite und eine Reform der Schuldenbremse nicht mehr zu bewältigen
24 ist.
- 25 Daher brauchen wir jetzt für die Herausforderungen unserer Zeit eine wirksame
26 Reaktion!
- 27 Als Bremer Grüne sind wir entschieden, uns für eine nachhaltige Fiskalpolitik im
28 Land und Bund einzusetzen.
- 29 Deshalb fordern wir zur Ermöglichung der jetzt notwendigen Transformation hin zu
30 einem wirksamen und sozial gerechten Klimaschutz
- 31 • eine sozial gerechte Steigerung der Einnahmen, den ökologisch notwendigen
32 Abbau von klimaschädlichen Subventionen und
 - 33 • eine Reform der Schuldenbremse sowie die Nutzung von bestehenden
34 Spielräumen der aktuellen Regel.
- 35 Wir erkennen dabei an, dass fehlende Finanzmittel zur Finanzierung der
36 Transformation nicht unser einziges Problem sind. Verwaltungsverfahren dauern

37 teilweise noch immer viel zu lange. Zusätzlich trägt der weiterhin bestehende
38 Fachkräftemangel zu erheblichen Verzögerungen bei der Umsetzung wichtiger
39 Transformationsprojekte bei.

40 Aber zur Wahrheit gehört auch, dass durch das Urteil des
41 Bundesverfassungsgerichts vom 15.11.2023 die finanzverfassungsrechtlichen
42 Vorgaben der Schuldenbremse präzisiert und konkretisiert wurden. Damit
43 einhergehend haben sich, bei gleichbleibenden Handlungsbedarfen, die
44 finanziellen Handlungsspielräume von Bund und Ländern verringert.

45 Für Bremen bedeutet das konkret, dass wir die im Rahmen der Bremer Klima Enquete
46 Kommission erarbeitete und vom Senat beschlossene Klimaschutzstrategie nicht wie
47 geplant finanzieren können: Die hierfür in den sogenannten Fastlanes
48 hinterlegten 2,5 Milliarden Euro als kreditfinanzierte Investitionsmittel sind
49 als Konsequenz des Verfassungsgerichtsurteils nicht mehr darstellbar.

50 Dennoch bleibt die dringende Notwendigkeit für Investitionen in
51 Klimaschutzmaßnahmen für Bremen davon unbenommen natürlich bestehen.

52 Zwar kann Bremen kurzfristig gegebene Spielräume prüfen und nutzen. Dazu gehört
53 für die Haushaltsaufstellung 2024 in Bremen im Einklang mit den Leitsätzen des
54 Verfassungsgerichtsurteils die Prüfung einer erneuten Notlageerklärung
55 angesichts der massiven Herausforderungen durch das Fortbestehen der multiplen
56 Krisen bzw. ihrer Folgen.

57 Auch die Gründung von Gesellschaften kann eine Möglichkeit sein,
58 verfassungskonform Investitionen tätigen zu können. Dies gilt auch für dringend
59 erforderliche Investitionen in den Bildungsbereich.

60 Dennoch ist auch bei Ausnutzung der aktuell gegebenen Spielräume die
61 Finanzierung der Klimaschutzstrategie auf dem Weg zur beschlossenen
62 Klimaneutralität im Jahr 2038 stark gefährdet.

63 Daher erfordert der klimaneutrale Umbau unserer Wirtschaft und Infrastruktur,
64 gesamtstaatlich betrachtet, als Konsequenz eine Verschiebung der Prioritäten bei
65 der Ausgabe vorhandener Haushaltsmittel, eine sozial gerechte Verbesserung der
66 Einnahmen sowie als sichere Rechtsgrundlage eine Reform der Schuldenbremse, um
67 kreditfinanzierte Ausgaben in einem erhöhten Ausmaß für Bund und Länder zu
68 ermöglichen.

69 Konkret fordern wir:

70 **1. NACHHALTIGE UND SOZIAL GERECHTE FINANZEN!**

71 Sehr Vermögende mehr in die Verantwortung nehmen

72 Die Armen in Deutschland werden ärmer und die Reichen reicher. Zu einer sozial
73 gerechten Steuerpolitik gehört eine deutlich stärkere Beteiligung der sehr
74 Vermögenden an der Finanzierung des Gemeinwesens.

- 75 • Wir werden uns im Bundesrat deshalb dafür einsetzen, Steuerhinterziehung
76 stärker zu bekämpfen, Steuerschlupflöcher konsequenter zu schließen und
- 77 • sehr hohe Vermögen, Finanzgewinne und große Erbschaften angemessen zu
78 besteuern.

79 Finanzgewinne werden in Deutschland immer noch geringer besteuert als Arbeit.
80 Wir fordern daher, dass die Deckelung von 25 Prozent bei der
81 Kapitalertragssteuer abgeschafft wird und an den Einkommenssteuersatz angepasst
82 wird.

- 83 • Einkommen aus Kapitalerträgen darf nicht geringer besteuert werden als
84 Einkommen aus Arbeit.

85 Klimaschädliche Subventionen weiter abbauen

86 Wir fordern den weiteren Abbau klimaschädlicher Subventionen. Dazu gehören

- 87 • die Abschaffung des Steuervorteils für Dieselfahrzeuge
- 88 • die Abschaffung der bestehenden Steuervorteile für Dienstwagen.

89 Bei einigen Subventionen kann eine schrittweise Reduktion über mehrere
90 Haushaltsjahre eine geeignete Strategie sein, um bei Unternehmen und
91 Verbraucher*innen eine breite Akzeptanz für den Abbau zu sichern.

92 93 2. REGELVERSCHULDUNGSSPIELRAUM DER BUNDES-SCHULDENBREMSE ERHÖHEN.

94 In ihrer jetzigen Form deckelt die Schuldenbremse die jährliche Aufnahme von
95 Schulden für den Bund bei 0,35 Prozent des Bruttoinlandproduktes (ca. 15 Mrd.
96 Euro im Jahr). Die Länder haben bisher keine entsprechende Möglichkeit der
97 Verschuldung.

98
99 Wir wollen die Schuldenbremse im Grundgesetz für Bund und Länder zeitgemäß
100 gestalten, sodass die Tragfähigkeit der zukünftigen Zinslast gewährleistet ist
101 und zugleich die so dringend nötigen Investitionen ermöglicht werden. Daher
102 fordern wir eine Investitionsregel für zusätzliche, über bloße Erhaltung
103 hinausgehende Investitionen – vor allem in den Klimaschutz. Kurzfristig könnte
104 ein Sondervermögen des Bundes für die Transformation zur Klimaneutralität
105 dringend benötigte Spielräume schaffen. Es wäre wie das Sondervermögen für die
106 Bundeswehr neben der Schuldenbremse im Grundgesetz verankert und würde auch
107 Investitionen in den Ländern unterstützen.

Begründung

Der Weltklimarat hat es aktuell erneut bestätigt: Wir sägen an dem Ast, auf dem wir sitzen. Daher dürfen wir im Nachgang der Herausforderungen, die sich aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 15.11.2023 ergeben haben, unsere Verantwortung für die Bekämpfung des Klimawandels nicht außer Acht lassen. Denn es gibt noch eine weitere Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes, den Beschluss vom 24.03.2021. Das Gericht stellte damals fest, dass die verfassungsrechtlich notwendige Reduktion von Treibhausgasen nicht länger in die Zukunft und damit einseitig zu Lasten junger Generationen hinausgezögert werden darf und fordert damit den Gesetzgeber zur Einhaltung der Klimaschutzziele auf.

Wir brauchen nachhaltige Investitionen, die eine klimaneutrale Industrie, Wirtschaft und Infrastruktur ermöglichen. Diesen Aspekt müssen wir in der Abwägung zwischen nachhaltigen Staatsfinanzen und Investitionen berücksichtigen.

Unterlassen wir jetzt die für die Transformation erforderlichen Investitionen, werden wir unserer staatspolitischen Verantwortung nicht gerecht, schwächen den sozialen Zusammenhalt in unserem Land und gefährden unsere Demokratie.

Und nachhaltiger Klimaschutz braucht eine stabile Demokratie, einen starken gesellschaftlichen Zusammenhalt und soziale Gerechtigkeit!